

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Freitag, 31. Oktober 1952

Blatt 1652

45 Tagesheimstätten für alte Leute

Eröffnung am Mittwoch

31. Oktober (RK) Mittwoch, den 5. November, werden vom Wohlfahrtsamt der Stadt Wien 45 Tagesheimstätten für alte Leute in fast allen Bezirken Wiens eröffnet. Sie bieten alten, hilfsbedürftigen Menschen während einiger Stunden des Tages (von 13 bis 19 Uhr) einen warmen, gemütlichen Aufenthalt. Die alten Leute erhalten unentgeltlich täglich eine Schale Milchkafee und zweimal wöchentlich ein Stück Kuchen. Das Jugend-Rotkreuz sowie verschiedene Künstler werden für geistige Betreuung und für etwas Heiterkeit sorgen. In jeder Tagesheimstätte stehen Spiele und Zeitschriften zur Verfügung. Durch eine Spende der Philipps-Werke können fast alle Lokale mit Radioapparaten versorgt werden.

Folgende Tagesheimstätten werden am Mittwoch eröffnet:

1. Bezirk: Schulerstraße 18. 2. Bezirk: Lassallestraße 40, Lichtenauergasse 9, Herminengasse 10. 3. Bezirk: Kardinal Nagl-Platz 14. 4. Bezirk: Pressgasse 24, Theresianumgasse 29. 5. Bezirk: Kohl-gasse 27, Margaretenplatz 7. 6. Bezirk: Gumpendorfer Straße 39. 7. Bezirk: Bandgasse 14. 8. Bezirk: Josefstädter Straße 91. 9. Bezirk: Grünentorgasse 7, Währinger Straße 43. 10. Bezirk: Absberggasse 5, Angeligasse 36, Quaringasse 22, Tolbuchinstraße 37. 11. Bezirk: Simmeringer Hauptstraße 99. 12. Bezirk: Breitenfurter Straße 121, Koflergasse 26, Wienerbergstraße 39. 15. Bezirk: Nobilegasse 35, Staglgasse 5. 16. Bezirk: Gablenzgasse 4, Gänglbauergasse 10-12, Wurlitzer-gasse 81. 17. Bezirk: Hernalser Hauptstraße 112, Lacknergasse 35. 18. Bezirk: Kreuzgasse 23. 19. Bezirk: Heiligenstädter Straße 92, Obkirchergasse 16. 20. Bezirk: Marchfeldstraße 8, Mortaraplatz 1, Romanogasse 21, Wintergasse 16. 21. Bezirk:

Andreas Hofer-Straße 9, Brünner Straße 141, Leopoldauer-Platz 93, Michtnergasse 1. 22. Bezirk: Josef Sickinger-Gasse 16, Schiffmühlenstraße 60, Stadlauer Straße 26. 23. Bezirk: Humberger Straße 11. 26. Bezirk: Markgasse 6.

Hugo Strache zum Gedenken
=====

31. Oktober (RK) Auf den 4. November fällt der 25. Todestag des Gastechikers Hofrat Prof. Dr. Hugo Strache.

Am 10. April 1865 in Wien geboren, beschäftigte er sich nach Absolvierung seiner Studien in Aachen und Zürich mit der Herstellung von Wassergas und widmete sich in der Folge ganz dem Gaserzeugungsproblem. Er gründete in Wien ein Büro für Wassergas und später die Strache Wassergas- und Patentverwertungsgesellschaft. Als Dozent der Wiener Technischen Hochschule befaßte er sich eingehend mit dem Vergasungsprozeß und erweiterte seine wissenschaftlichen Arbeiten auch in beleuchtungstechnischer Richtung. Wie den Wassergas- hat er auch den Doppelgasprozeß gründlich durchforscht und zu dessen Kontrolle und Beurteilung eine Reihe geistvoll durchdachter Apparate erfunden. 1909 schuf Strache eine Versuchsanstalt für Gasbeleuchtung und Untersuchungen der Brennstoffe und hielt Vorlesungen über das Beleuchtungswesen und die Gasindustrie. Auf seine Initiative wurde an der Technischen Hochschule eine eigene Abteilung der chemisch-technischen Fachschule für die Heranbildung von Feuerungs- und Gastechikern gegründet, deren Vorstand er wurde. Strache verfaßte drei Standardwerke über Gasbeleuchtung und Gasindustrie, Kohlenchemie und Technologie der Brennstoffe sowie gegen 250 Publikationen, von denen viele zu Patentanmeldungen führten.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

31. Oktober (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 6. Oktober von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Sori, Italien" gebracht wurden, am Dienstag, dem 4. November, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 9 Uhr vormittag vom Südbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

Musikveranstaltungen in der Woche vom 3. bis 9. November
 =====

31. Oktober (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 3. Nov.	Mozartsaal(KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 1.Konzert im Zyklus VI; Kammeror- chester der Wr.KHG., Dirigent Hein- rich Hollreiser
Dienstag 4. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend: Voraufführung des 2.Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der Gesellschaft der Musikfreunde
	Kammersaal(MV) 19.30	Kompositionsabend Franz Worff
	Mozartsaal(KH) 19.30	Collegium musicum Wien: 2.Konzert; Ilse Katschinka (Sopran), Hermann Schwertmann (Klavier), Dirigent Kurt Rapf
Mittwoch 5. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 2.Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie"; Wiener Symphoniker, Shura Cherkassky (Klavier), Dirigent Alceo Galliera
Donnerstag 6. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wiener Symphoniker, Shura Cherkassky (Klavier), Diri- gent Alceo Galliera
	Musikakademie Orgelsaal 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: Orgelabend Herbert Tachezi (Klasse Prof. Alois Forer)
Freitag 7. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 2. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der Gesellschaft der Musikfreunde
	Brahmssaal(MV) 19.30	"Herbstlese österreichischer Melo- dien in Wort und Ton"; Franz Hüb- ling, am Flügel Otto Schulhof
	Schubertsaal(KH) 19.30	Mexikanischer Liederabend Ernestine Perea
Samstag 8. Nov.	Gr.M.V.Saal 15.00	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Beethoven-Zyklus; Wiener Symphoniker, Dirigent Her- bert von Karajan
	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Shura Cherkassky

31. Oktober 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1655

Samstag 8. Nov.	Gr.K.H.Saal 15.00	Sendergruppe Rot-Weiß-Rot: Öffentl. Rundfunkkonzert; Orchester der Staatsoper in der Volksoper, Dirigent Theodore Bloomfield
	Mozartsaal(KH) 16.00	Wiener Konzerthausgesellschaft: Klavierabend des 9-jährigen Pianisten Daniel Barenboim
	Mozartsaal(KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus III ("Romantische Musik"): Liederabend Dietrich Fischer-Dieskau, am Flügel Jörg Demus
Sonntag 9. Nov.	Gr.M.V.Saal 11.00	Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Beethoven-Zyklus; Wiener Symphoniker, Dirigent Herbert von Karajan
	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö.Tonkünstlerorchester: 3. Sonntag-Nachmittags-Konzert; Dirigent Dr. Gustav Koslik
	Mozartsaal(KH) 15.30	Chorkonzert der Post- und Telegraphenbediensteten Österreichs
	Schubertsaal(KH) 19.00	Bachgemeinde Wien: 1. Konzert; Dirigent Julius Peter

Stromstörung im Gleichstromnetz der Inneren Stadt
=====

31. Oktober (RK) Am Donnerstag, um 17.18 Uhr, schaltete sich im Versorgungsgebiet des Unterwerkes Neubadgasse ein Gleichstromlichtkabel automatisch ab, wodurch ein Teil der Inneren Stadt zwischen Freyung und Ballhausplatz, darunter auch das Bundeskanzleramt, ohne Strom war. Nach entsprechenden Umschaltungen konnte zwischen 19.15 und 19.30 Uhr der gestörte Netzteil wieder eingeschaltet werden. Die Ursache der Störung war ein Schaden an einem Schaltkasten.

Beginn der Wintersaison im Baugewerbe
=====Aufträge für 100 Firmen - 400 neue Mansardenwohnungen

31. Oktober (RK) In der ersten Novemberwoche werden in verschiedenen Bezirken eine Reihe von neuen städtischen Wohnhausbauten in Angriff genommen. Der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten genehmigte auf Antrag von Stadtrat Thaller für die Durchführung dieser Arbeiten 15 Millionen Schilling. Unter den 116 Geschäftsstücken, die der Gemeinderatsausschuß in seiner letzten Sitzung zu erledigen hatte, befand sich auch das interessante Projekt einer weiteren Wohnhausanlage für alte Leute, die am Schöpfwerk in Meidling errichtet wird. Im großen städtischen Wohnhauskomplex an der Siemensstraße in Floridsdorf wurden mehrere Wohnungen für alte Leute bereits vollendet. Der Ausschuß beschäftigte sich auch mit Arbeitsvergebungen an Wiener Gewerbetreibende. Es wurden Schlosser-, Spengler-, Elektriker-, Installateur-, Glaser-, Anstreicher- und Tischlerarbeiten an etwa 100 Firmen vergeben.

Für das gesamte Wiener Baugewerbe bedeutet der Baubeginn von rund 400 Mansardenwohnungen in älteren Gemeindehäusern einen entscheidenden Beitrag zur Vollbeschäftigung in den Wintermonaten. Nach dem Bericht von Stadtrat Thaller sollen nicht weniger als 23,5 Millionen Schilling für den Bau von Mansardenwohnungen freigegeben werden. Es handelt sich hier wieder um vollwertige Wohnungen, wie sie schon im vergangenen Winter eingebaut und in den Sommermonaten bereits vergeben wurden. Allein bei der Errichtung der Mansardenwohnungen werden den ganzen Winter hindurch mehrere Hundert Arbeiter Beschäftigung finden.

Ferkelmarkt vom 29. Oktober
=====

31. Oktober (RK) Aufgebracht wurden 96 Ferkel, verkauft wurden 63. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 Wochen 200 S, 6 Wochen 232 S, 7 Wochen 260 S, 8 Wochen 291 S, 10 Wochen 320 S.

Der Marktbetrieb war sehr schwach.

Wiener Landtag

=====

31. Oktober (RK) Präsident Marek eröffnet die Sitzung um 11.30 Uhr.

Im Einlauf befinden sich zwei Anträge der Abgeordneten Dr. Altmann und Genossen (LBl.) betreffend "Erhöhung der Bezüge der Beamten der Stadt Wien und der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der sogenannten Pensionisten" und betreffend die "Wahl der Bezirksvertretung".

Die gleichen Abgeordneten haben eine Anfrage, betreffend die "Sicherung der Steuerhoheit Wiens, die Sicherung der Übernahme der Kosten, der Erhaltung und des Ausbaues der Wiener öffentlichen Krankenanstalten oder wenigstens der Abgänge durch den Bund und die Abschaffung der Belastung Wiens durch das Bundespräzipium im Budgetjahr 1953" eingebracht und eine Debatte darüber verlangt.

Ferner liegen vom Linksblock fünf Anfragen vor.

Die Abgeordneten Dr. Ing. Hengl (ÖVP) und Genossen haben einen Antrag auf Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Regelung des Weinbaues eingebracht.

An Stelle des verstorbenen Abg. Hans Winter (SPÖ) wird Abg. Dr. Josef Jakl (SPÖ) in das Immunitätskollegium gewählt.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet die Ergänzungswahl in die Berufungskommission nach dem Abgabenrechtsmittelgesetz. Nach diesem Gesetz scheidet nach Ablauf von drei Jahren - das ist also mit Ende des Jahres 1952 - die Hälfte der Mitglieder und Stellvertreter aus dieser Kommission aus. Entsprechend den Parteienvorschlägen werden die durch das Los ausgeschiedenen Mitglieder und Stellvertreter wieder gewählt.

Hierauf gelangt Abg. Dr. Altmann (LBl.) zur Begründung seiner Anfrage, betreffend die Sicherung der Steuerhoheit Wiens, zum Wort. Er stellt fest, daß das Budgetprovisorium das für den Bund getroffen wurde, sich auf die Stadt Wien ungeheuer nachteilig auswirkt, da die Frage der vollen Wiederherstellung der Steuerfreiheit Wiens, des Abganges der Wiener öffentlichen Krankenanstalten, deren Lasten zur Gänze der Stadt Wien auferlegt wurden, hiedurch ungelöst bleiben. Er tritt für die Aufhebung des seinerzeit beschlossenen Notopfers ein, das die Länder an

den Bund bezahlen müssen. Durch die Abschaffung dieses sogenannten Bundespräzipuums würde die Gemeinde Wien jährlich etwa 200 Millionen Schilling ersparen. Diese Millionen, auf die die Stadt Wien ein Recht hat, würden die Erhöhung der Renten, den Bau von Wohnungen und Kindergärten und vieles andere ermöglichen und ein Teil des Unglückes, das durch die ständig steigende Massenarbeitslosigkeit hervorgerufen wird, lindern.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde von der Mehrheit des Gemeinderates aberkannt. Die Anfrage wird daher auf schriftlichem Wege beantwortet werden.

Wiener Gemeinderat

=====

31. Oktober (RK) Der Wiener Gemeinderat trat unmittelbar nach der Landtagssitzung zusammen. Bürgermeister Jonas gab einleitend bekannt, welche Anträge eingebracht wurden. Von der WdU ein Antrag betreffend die "Mitbeteiligung von Architektinnen am Wettbewerb und an der Jury für die Wiener Sporthalle" und ein Antrag betreffend "Sofortmaßnahmen gegen die Überfüllung der Straßenbahnzüge zur Vermeidung weiterer Unglücksfälle".

Die Anträge des Linksblocks beziehen sich auf "Schaffung von Lehrwerkstätten durch die Gemeinde Wien", auf "Erhöhung der Bezüge der Vertragsbediensteten der Stadt Wien", auf die "Wiedereinführung des Schulautobusverkehrs zwischen den Siedlungen "Nordrand", "Zukunft" und "Großfeld" und der städtischen Hauptschule in der Aderklaaer Straße, sowie Einführung einer Schulautobuslinie für die am Biberhaufen und in der Lobau wohnenden Schulkinder", ferner einen Antrag auf "Abschaffung der Kriegslohnsteuer".

Von der ÖVP liegen Anträge vor betreffend "Wiederinstandsetzung der Pfarrkirche St. Othmar, Wien III!.", und über die "Verwaltungsreform in den Werkstätten der öffentlichen Hand".

Alle diese Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen bzw. dem Stadtsenat zugewiesen.

Ferner wurden folgende Anträge eingebracht, über deren dringliche Behandlung am Schluß der Sitzung abgestimmt werden wird. Es handelt sich dabei um einen der WdU auf "vorzeitige Auflösung des Wiener Gemeinderates", einen des Linksblocks betreffend "würdige Ausgestaltung der Grabstätten von Freiheitskämpfern" sowie einen auf "Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen und

Gewährung einer 13. Monatsrente für Dauerbefürsorgte".

Eine Anfrage der Sozialisten bezieht sich auf die "Beteiligung von städtischen Funktionären an monarchistischen Kundgebungen".

Als erster Punkt der Tagesordnung gelangt die Wahl der sechs Schriftführer des Gemeinderates zur Verhandlung, die notwendig wurde, da die Funktionsdauer von einem Jahr abgelaufen war. Die Wahl wurde durch Handerheben vorgenommen.

Dr. Helene Stürzer - neue Gemeinderätin der ÖVP

Gemeinderätin Elfriede Vavrovsky hat mit 20. Oktober aus beruflichen und gesundheitlichen Gründen ihr Gemeinderatsmandat zurückgelegt. An ihre Stelle tritt in den Gemeinderat für den Wahlkreis 6, Wien-Südwest, Dr. Helene Stürzer, die zum ersten Male im Gemeinderat erschienen ist und das Gelöbnie leistet.

Dank an den scheidenden Amtsführenden Stadtrat Fritsch

Mit Schreiben vom 22. Oktober an den Bürgermeister hat der Amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform über Anraten der ihn behandelnden Ärzte mit Rücksicht auf seine angegriffene Gesundheit sein Amt zurückgelegt. Stadtrat Franz Fritsch gehörte der Wiener Stadtverwaltung seit 1945 an. Als Amtsführender Stadtrat für Ernährungsangelegenheiten oblag ihm die schwierige Aufgabe, die Versorgung der Wiener Bevölkerung in den ersten Monaten nach Kriegsende zu organisieren. Seiner Energie und Tatkraft ist es damals gelungen, die noch vorhandenen Lebensmittelvorräte zu erfassen und einer gerechten Verteilung zuzuführen. Bei den ersten freien Wahlen nach Wiedererrichtung der Republik im November 1945 wurde er in den Wiener Gemeinderat gewählt. Nach den Oktoberwahlen 1949 übernahm er als Amtsführender Stadtrat das schwierige Personalreferat.

"Ich glaube", betonte der den Vorsitz führende Bürgermeister Jonas, "im Sinne des ganzen Gemeinderates zu sprechen, wenn ich dem Scheidenden für seine in schweren Zeiten im Dienste der Stadt Wien geleistete Arbeit den Dank des Gemeinderates zum Ausdruck bringe und daran den Wunsch einer baldigen völligen Wiederherstellung knüpfe!"

Wahl des GR. Sigmund zum Amtsführenden Stadtrat

Der Gemeinderat nimmt sodann die durch den Rücktritt erforderlich gewordene Neuwahl eines Amtsführenden Stadtrates vor. Von der Sozialistischen Partei wurde GR. Rudolf Sigmund vorgeschlagen. Bei der mittels Stimmzettel vorgenommenen Wahl werden 96 Stimmen abgegeben. 51 davon lauteten auf den Wahlvorschlag der SPÖ; 45 waren leer.

Damit ist GR. Rudolf Sigmund zum Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform gewählt. GR. Sigmund erklärt, die Wahl anzunehmen, und leistet das Gelöbnis.

Der Gemeinderat nahm sodann eine Reihe von Ersatzwahlen in verschiedene Gemeinderatsausschüsse vor, die durch den Rücktritt der Gemeinderätin Vavrovsky und die Wahl des Gemeinderates Sigmund zum Amtsführenden Stadtrat notwendig geworden waren.

Schließlich wählte der Gemeinderat noch neun Mitglieder in das Kuratorium des Wiener Jugendhilfswerkes.

Der größte Teil der Tagesordnung, die vorwiegend Wohnhausbauten der Gemeinde betrifft, wurde ohne Debatte angenommen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) berichtet über den projektierten Bau eines Wohnhauses in Wien 11., Gratian Marx-Straße 12-14. Das Wohnhaus soll 53 Wohnungen enthalten, das Gesamtkostenerfordernis ist mit 4,230.000 Schilling präliminiert, wovon auf das Jahr 1952 eine Baurate von 600.000 Schilling entfällt.

Für die SPÖ erklärt hiezu GR. Jodlbauer, daß sowohl die privaten wie die öffentlichen Investitionen notwendig seien, wenn Gewaltiges geleistet werden soll. Die Bejahung privater Investitionen sei dort gerechtfertigt, wo es im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegt und dem gesamten Volke dient. Doch seien die Mittel für private Investitionen beschränkt und es komme manchmal zu Fehlinvestitionen. Bei den öffentlichen Investitionen liegen die Dinge wesentlich anders. Hier entscheide das gesamte Volk, in welcher Richtung die Investitionen vorgenommen werden sollen.

Vor allem sei der Impuls, der von den öffentlichen Investitionen ausgehe, die einzige Möglichkeit, die bedeutenden Probleme der Vollbeschäftigung und des Baues von Wohnungen zu lösen. Dieser Impuls diene vor allem auch dem kühnen Formen neuer großer Werke. Die Wege, die die Gemeinde Wien vor 1934

gegangen ist, haben in der ganzen Welt bahnbrechend gewirkt. Was heute geschehe, sei eine Fortsetzung des damals begonnenen. Das seien Werke, die geradezu als monumentales Dokument sozialistischer Gesinnung anzusehen sind.

Die Tagesordnung dieser Sitzung enthalte eine ganze Reihe von Wohnbauten, die die Gemeinde zu bauen beabsichtige. Kraft und Zuversicht dringen in breite Kreise des Volkes, weil sie genau erkennen, daß durch diese Werke der Gemeindeverwaltung Arbeit und Brot und Wohnungen geschaffen werden. 1.052 Wohnungen sollen neu gebaut werden, mit einem Kostenerfordernis von zirka 85 Millionen Schilling, wovon noch in den letzten zwei Monaten dieses Jahres 17,5 Millionen verbaut werden sollen. Das sei zweifellos ein gewaltiger Impuls für unsere Wirtschaft. Denn bei diesen Baustellen werden zirka 270 Firmen mit 2.500 Arbeitern und darüber hinaus noch Industrie und Gewerbe Beschäftigung finden.

Es sei zu hoffen, daß es dem Finanzreferenten durch eine kluge Finanzpolitik gelingen werde, die nötigen Mittel für dieses große Aufbauwerk zu schaffen. Jede ehrlich gemeinte Mitarbeit werde angenommen und der begonnene Weg werde auch gegen jedes Geschrei und gegen jede politische demagogische Auslassung fortgesetzt werden.

Wenn "Das Kleine Volksblatt" schreibe, daß in Döbling die SPÖ zur Eröffnung der Gemeindebauten eingeladen habe, so sei dazu nur zu sagen, daß der Herr Bürgermeister die gesamte Bevölkerung zu den Eröffnungen der Wohnhäuser einladet. Die SPÖ hat lediglich die Bevölkerung zusätzlich eingeladen, um ihr die Möglichkeit zu geben, bei einem großen Volksfest die Leistungen der Gemeinde Wien mitzufeiern. (Zwischenruf GR. Doppler(WdU): Um das geht es nicht. Es geht um die Wohnungen, wer die bekommen hat. Die Beflaggung zeigt es ja!) GR. Jodlbauer: Leute, die wissen, wem sie ihre schönen Wohnungen zu verdanken haben! Der Redner verweist sodann auf die Feierlichkeiten anlässlich der Eröffnung von Eigentumswohnungen in Simmering. Diese Eröffnung wurde zu einer ausgesprochenen ÖVP-Feier gestaltet. Es steht jedoch fest, daß auch diese Bauten aus öffentlichen Mitteln aufgebaut wurden. Der Redner erklärt, seine Fraktion wäre absolut nicht gegen den Bau von Eigentumswohnungen, aber nur dann, wenn sie aus eigenem Fleiß geschaffen werden, aber nicht aus öffentlichen Mitteln. Durch den Kauf von Gründen für Eigentums-

wohnungen wäre der Grundpreis ungehörig hinaufgetrieben worden. Es wurde damit nur den Bodenspekulanten gedient. Er sieht zwischen den Gemeindewohnungen und den Eigentumswohnungen hinsichtlich des Begriffes "Eigentum" nicht viel Unterschied, denn jeder der eine Gemeindewohnung hat, kann lebenslänglich darin wohnen. Ja sogar die Erben erhalten die Wohnung. Für die Bedürfnisse des Einzelnen sei ebenso gut wie bei den Eigentumswohnungen vorgesorgt. GR. Jodlbauer erklärt, daß es ein arger Mißbrauch gewesen sei, daß die ÖVP den Katholikentag für ihre Parteipropaganda benützt habe. Es ist zu wünschen, daß die Wohnbautätigkeit in dieser Stadt mit aller Kraft weitergeführt wird und daß der Wiener Gemeinderat noch oft zu großen Bauwerken seine Zustimmung geben kann.

Stadtrat Thaller sagt in seinem Schlußwort, daß bei jeder Eröffnung von Wohnhäusern Stadtrat Koci genau Rechenschaft gegeben hat, wer in diese Wohnungen eingewiesen wurde. Die Ziffern stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung. Es würde ihn sehr freuen, wenn auch Nationalrat Prinke bei der Eröffnung von Eigentumswohnhäusern anführen würde, welche Wohnungsfälle in diese Häuser eingezogen sind. (Starker Beifall bei der SPÖ). Der Redner erachtet es als nicht richtig, wenn man den sozialen und kommunalen Wohnungsbau der Gemeinde Wien als ein "reaktionäres Bauen" bezeichnet, denn vom sozialen Wohnungsbau haben alle anderen gelernt. Auch Nationalrat Prinke baut nach diesen Plänen. Stadtrat Thaller erachtet es als nicht richtig, daß, wie es die Zwischenrufe gezeigt haben, der soziale Wohnungsbau und die Wohnungsnot der Bevölkerung ins Lächerliche gezogen werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Über Antrag des Stadtsenates, Subventionen an kulturell tätige Vereine und Gesellschaften für das Jahr 1952 zu bewilligen, berichtet Gemeinderätin Maria Jacobi (SPÖ).

Es handelt sich bei den 33 mit Dotationen zu beteiligenden Vereinen bzw. Gesellschaften zum größten Teil um solche, die in Anerkennung ihrer Leistungen für das kulturelle Leben der Stadt Wien bereits seit langen gefördert und unterstützt werden. Mit Rücksicht auf die angespannte finanzielle Lage der Stadt Wien wurde bei der Auswahl der für eine Subvention vorgeschlagenen Bewerber ein besonders strenger Maßstab hinsichtlich ihrer kulturellen Bedeutung und Leistung angelegt. Insgesamt machen die beantragten Subventionen einen Betrag von 733.000 Schilling aus.

GR. Dr. Matejka (LBl.) bemängelt, daß im Referat nicht näher auf die Leistungen und auf die Bedeutung der einzelnen zu subventionierenden Vereine eingegangen wurde. Es fehle auch eine Erläuterung der unverhältnismäßig großen Unterschiede in den Dotationen, deren geringste 1000 Schilling betragen, während die höchste für den Verein Wiener Symphoniker 584.000 Schilling erreicht. Außerdem vermisse er eine Gegenüberstellung der aus dem Kulturgroschen zugeteilten Beträge.

Auf die Leistungen und die Bedeutung der für Subventionen vorgeschlagenen Gesellschaften im einzelnen eingehend, würdigt er im allgemeinen ihr Wirken, wendet sich jedoch im besonderen gegen den Art-Club, bei dem die Subvention sozusagen zum Fenster hinausgeworfen sei. Er begründet seine ablehnende Stellungnahme mit Bildern aus dem Art-Club, die er dem Gemeinderat vorzeigt.

Wir wissen, schließt der Redner, daß die Einschätzung von Kunst und Wissenschaft bei uns nicht so ist, wie es immer deklamiert wird, und wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß man im Zusammenhang mit der Förderung von Kunst und Wissenschaft mit allen möglichen Dingen spekuliert. Die Umwege, die zur Förderung von Kunst und Wissenschaft gegangen werden, sind einer Kulturstadt wie Wien nicht würdig.

Gemeinderätin Burian (WdU) meint, bei aller Anerkennung der musikalischen Höchstleistungen der Wiener Symphoniker sei die Subvention an diese, die zusammen mit dem Beitrag aus dem Kulturgroschen 1,200.000 Schilling ausmache, zu hoch. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die anderen Subventionen.

Auch sei die Gleichstellung der Secession und des Künstlerhauses mit je 15.000 Schilling nicht richtig, da bei der Secession die Gemeinde Wien Hauseigentümer sei und daher viele Spesen wegfallen, während das Künstlerhaus hart um den Bestand seines Hauses kämpfen müsse. So haben die Künstler selbst Hand angelegt, um das Haus vor dem Verfall zu bewahren, wofür von Stadtrat Mandl anerkennenwerter Weise 50.000 Schilling zur Verfügung gestellt worden sind. Das habe allordings einen Künstler zu dem Ausspruch veranlaßt, für das Steineklopfen bekämen sie mehr, als für ihre Kunst.

Die Unabhängigen werden der Subventionsliste zustimmen.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) begrüßt die Subvention von 584.000 Schilling an die Wiener Symphoniker, weil dadurch die Gewähr

gegeben sei, daß diese Vereinigung ihre erfolgreiche Tätigkeit weiter fortsetzen kann.

Eine Ungerechtigkeit und eine Härte sei in der Aufteilung der Subventionen an den Arbeitersängerbund mit 15.000 Schilling, der Sängerbund für Wien und Niederösterreich mit 10.000 Schilling und der Verband der Arbeiter Musikvereine mit 15.000 Schilling zu erblicken. Es sei geradezu lächerlich, daß man dem Sängerbund für Wien und Niederösterreich, in dem neben anderen Vereinen die weit über die Grenzen Österreichs hinaus bekannten Sängervereine "Wiener Schubertbund" und "Wiener Männergesangsverein" zusammengeschlossen sind, eine Subvention von nur 10.000 Schilling geben will. Es werde immer darauf verwiesen, daß der Arbeitersängerbund und der Verband der Arbeiter Musikvereine zwischen 1934 und 1945 schwer geschädigt wurden und ihr ganzes Material verloren hätten. Deswegen dürfe aber doch nicht eine ständige Bevorzugung gegenüber anderen Vereinen erfolgen. Übrigens suchen auch in den anderen Vereinen Arbeiter, Beamte, Angestellte und andere Berufstätige eine Tätigkeit.

Die Volkspartei werde dieser Subventionsliste zustimmen.
(Beifall bei der ÖVP.)

Berichterstatterin GR. Maria Jacobi (SPÖ) erklärt in ihrem Schlußwort gegenüber dem Vorwurf des GR. Matejka, daß das Referat nicht ausgiebig genug gewesen sei, daß diese Liste nicht das erstemal im Gemeinderat aufgelegt ist und man außerdem annehmen könne, daß jeder Gemeinderat genau wisse, wer die einzelnen Gesellschaften seien. Dr. Matejka könne auch überzeugt sein, daß die Wiener Symphoniker der Gemeinde Wien besonders am Herzen liegen, und da sie neben dieser Subvention noch 600.000 Schilling aus dem Kulturgroschen und einen Zuschuß vom Bund erhalten, werden ihnen in diesem Jahr insgesamt 2,1 Millionen Schilling zufließen.

Die Gemeinde Wien habe schon zu Zeiten, als noch viel mehr für die Wiedererrichtung der Stadt ausgegeben werden mußte, ein besonderes Augenmerk den kulturellen Aufgaben zugewendet. Seitdem Stadtrat Mandl das Amt des Kulturreferenten übernommen habe, wurden die kulturellen Aufgaben besonders gefördert.

Gegenüber der GR. Hittl verwies die Berichterstatterin darauf, daß der Arbeitersängerbund zum Unterschied vom Sängerbund für Wien und Niederösterreich zwischen 1934 und 1945 seiner Noten beraubt wurde und es daher wohl gerecht sei, ihn in der

Subventionsliste verstärkt zu berücksichtigen.

Bei der Abstimmung wurde die Subventionsliste angenommen.

GR. Jodlbauer (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Gewährung einer Subvention von 10.000 Schilling an die Österreichische Gesellschaft für Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit zur Errichtung eines Krebsforschungsinstitutes. Diese Anstalt soll von großer wissenschaftlicher und praktischer Bedeutung bei der Erforschung der Krebskrankheit sein. Da die Gesellschaft die Mittel zur Errichtung eines Forschungsinstitutes aus eigenem jedoch nicht aufbringen kann, hat sie sich u.a. auch an die Gemeinde Wien um Gewährung einer Subvention gewendet.

GR. Dr. Matejka (LBl.) bezeichnet die Höhe der Subvention als sehr minimal, besonders deswegen, weil aus dem Antrag des Referenten nicht ersichtlich ist, welche Beträge dem Krebsforschungsinstitut von anderen Institutionen zugewiesen wurden. Mit der Gewährung dieser 10.000 Schilling zur Errichtung des Institutes wird diesem kaum gedient sein. Als überaus notwendig erachtet der Redner auch die Erstellung eines konzentrischen Planes, der bei einer wirklich systematischen Gesundheitspflege unerlässlich ist. Ohne diesen kann es kein Gesundheitswesen geben. In einer Reihe von Ländern gibt es bereits diese Gesundheitskonzepte. Seine Fraktion wird für die Annahme des Antrages stimmen, bittet jedoch um die Erstellung eines solchen Konzeptes.

Dr. Eberle (ÖVP) fordert den Gemeinderat auf, bei Fragen der Volksgesundheit das Politikum aus dem Spiele zu lassen. Täglich und stündlich werden wertvolle Menschen, auch aus unserem nächsten Bekanntenkreis, durch diese furchtbare Krankheit weggerissen. Wollen wir wirklich so lange warten, bis diese Krankheit auch in unseren Reihen Platz gegriffen hat? Nur zu säumig entschlossen wir uns zu der so notwendig gewordenen Vermehrung der Krebsfürsorgestellen. Die geringen Subventionen, die der Gemeinderat jedes Jahr der Gesellschaft für Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit zur Verfügung stellt, seien beschämend. Das Ausland hat sich vielfach für unsere Krebsfürsorgestellen interessiert und sich unsere Stellen als Beispiel genommen. Hoffen wir, daß es nicht auch unsere Subventionen als Beispiel nimmt. Die Volkspartei begrüßt es, daß dieser Betrag von 10.000 Schilling zur Verfügung gestellt wurde, doch sei dieser Betrag zu gering. Der Redner schließt mit einem Appell, die unsere Volksgesundheit so schwer schädigende Krebskrankheit noch viel intensiver als bisher bekämpfen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Jodlbauer (SPÖ) hebt in seinem Schlußwort hervor, daß es sich bei diesem Betrag um eine Subvention an die Gesellschaft, nicht aber um einen Beitrag für die Errichtung des Krebsforschungsinstitutes handle. Auch er unterstreicht die Forderung an die zuständigen Stellen, alles zu tun, was auf diesem Gebiete notwendig ist.

Bei der Abstimmung wird die Subvention von 10.000 Schilling einstimmig bewilligt.

Als letzter Punkt der Tagesordnung kommt ein Antrag, betreffend Entwurf, Kosten und Baubewilligung für eine Wohnhausanlage Am Schöpfwerk im 12. Bezirk, zur Verhandlung.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Thaller teilt mit, daß im Rahmen dieser Wohnhausanlage auch sogenannte Alten-Wohnungen, Heimstätten für alte Leute, errichtet werden, wie solche bereits in der Siemensstraße geschaffen werden. Ein Gemeinschaftsraum für diese alten Leute soll dem geselligen Zusammensein dienen. Es sollen vier ebenerdige Baublöcke mit insgesamt 35 Wohnungen gebaut werden. Die Durchschnittskosten einer solchen Kleinwohnung für alte Ehepaare betragen 64.000 Schilling.

GR. Antonie Alt (SPÖ) begrüßt den Bau von Wohnungen für alte Leute, von denen je 40 Personen einer Fürsorgerin unterstellt sein werden. Durch die Errichtung solcher Wohnungen soll den Alten ihr Lebensabend schöner und glücklicher gestaltet werden. Die Einweisung wird nicht durch das Wohnungsamt, sondern durch die Fürsorgestellen und das Wohlfahrtsamt der Gemeinde Wien erfolgen. Diese Art des Baues ist ein Stück vorwärts in der Fürsorge für unsere Alten, die jahrzehntlang für die Allgemeinheit gearbeitet haben. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

GR. Wicha (WdU) begrüßt es gleichfalls, daß man darangeht, auch für die alten Leute entsprechende Wohnungen zu schaffen. Er bedauert/nur, daß sich die Gemeinde Wien noch nicht entschließen konnte, von den Hochbauten zu Siedlungsbauten überzugehen. Erfreulich sei es auch, daß durch die Schaffung von Heimstätten für alte Leute Großwohnungen für kinderreiche Familien freiwerden.

Auch diese Vorlage wird einstimmig verabschiedet.

Nach Erledigung der Tagesordnung gelangte der dringliche Antrag der Gemeinderäte Wicha und Genossen, betreffend die vorzeitige Auflösung des Gemeinderates, zur Behandlung.

GR. Wicha (WdU) führt in Begründung der Dringlichkeit des Antrages aus, daß die Zusammensetzung des Wiener Gemeinderates

längst nicht mehr den Absichten der Wähler Wiens entspreche. (Protestrufe bei der SPÖ.) Es sei auch eine unbestreitbare Tatsache, daß Wahlen immer Unruhe in die Wirtschaft bringen und man könne es sich bei der katastrophalen Lage der Wirtschaft nicht leisten, auch noch das Jahr 1954 zu einem Wahljahr zu machen. Außerdem wurden die Wiener Gemeinderatswahlen fast immer gemeinsam mit den Nationalratswahlen abgehalten. Getrennte Wahlen würden auch eine Geldverschwendung bedeuten. Zur Papierersparnis würde es wesentlich beitragen, wenn amtliche Stimmzettel eingeführt würden. Darüber hinaus sehe man auch, daß der Gemeinderat etwas müde geworden ist. Es wäre daher sehr angebracht, der Wählerschaft die Entscheidung zu übertragen und diese nicht einer zufälligen Mehrheit zu überlassen.

Dem Antrag wird mit den Stimmen der WdU, der SPÖ und der ÖVP die Dringlichkeit zuerkannt.

Zur Begründung seines Antrages weist GR. Wicha neuerdings auf die Kostenfrage und auf die Vorgänge in der Regierung und die durch die Auflösung des Nationalrates eingetretenen wesentlichen Veränderungen hin.

VbGm. Weinberger (ÖVP) erklärt, der VdU hinke den Ereignissen wieder einmal nach, da die Volkspartei schon seit langem das Verlangen gestellt habe, die Wahlen in den Nationalrat und Wiener Gemeinderat zum gleichen Termin abzuhalten. Es gebe eine ganze Reihe von sachlichen Gründen dafür. Kein Mensch werde verstehen, daß zweimal Geld für Wahlen ausgegeben werde. Viel entscheidender sei aber, klare Verhältnisse zu schaffen und festzustellen, ob die Bevölkerung dieser Stadt die heutige Zusammensetzung des Gemeinderates noch für entsprechend halte und der hier bestehenden Mehrheit noch ihre Zustimmung gebe. Schon 1949 habe die Sozialistische Partei nur etwas über 49 % der Stimmen in Wien bekommen, und nur der Zufall der Wahlkreiseinteilung habe es mit sich gebracht, daß sie 52 Mandate erhielt. Das sei also keine vom Volk gegebene, sondern eine zufallsmäßige, eine technische Mehrheit, und es wäre hoch an der Zeit, das nun überprüfen zu lassen.

Einige Kundgebungen der Sozialistischen Partei der letzten Zeit hätten so ausgesehen, als ob man es bei dieser Partei nicht erwarten könnte, recht rasch zu den Wahlen zu kommen. Freilich habe Nationalrat Slavik dann gesagt, man müsse in Wien erst das Programm erfüllen, man brauche dazu fünf Jahre Zeit - die be-

rühmten fünf Jahre -, und dann werde man die Wiener zur Wahl in den Gemeinderat aufrufen. Vor wenigen Tagen habe die "Arbeiter-Zeitung" darüber geschrieben, daß die Vertrauensmänner in einer Konferenz riesige Freude darüber äußerten, daß endlich gewählt werde. Dann müssen Sie aber auch dafür Sorge tragen, ruft Redner den Sozialisten zu, daß diese Freude auch zum Ausdruck kommt, und dies ist nur durch Wahlen möglich. Wenn Sie das nicht tun, wird jeder Wiener und jede Wienerin wissen, daß Sie die Wahlen in den Gemeinderat von Wien aus ernststen Gründen scheuen, und daß Sie Zeit gewinnen wollen, weil Sie sich sagen: Zeit gewonnen, vielleicht alles gewonnen!

Es gebe auch noch andere Gründe für die Neuwahlen. Die kommenden Wahlen beeinflussen weitgehend die Stimmung im Gemeinderat. Wenn eine Partei bei den Wahlen in den Nationalrat eine große Mehrheit bekomme, werde sie der anderen ständig vorhalten, daß die Mehrheitsverhältnisse nicht mehr richtig seien, und es würde dann noch schwerer sein, hier weiterzuwirtschaften. Auch in der Frage des sozialen Wohnhausbaues gebe es unterschiedliche Auffassungen. Wohl sei auch die Volkspartei für den sozialen Wohnhausbau, nicht aber für die sozialistische Wohnungsvergebung. (Zustimmung bei der Volkspartei.) Es wäre interessant zu erfahren, ob sich für dieses Wohnungsvergeben eine Mehrheit im Volke von Wien findet. Und wenn aus den Fenstern der neuerstellten Gemeindebauten immer sozialistische Fahnen gehißt werden, so lasse das nur zwei Schlüsse zu: Entweder wurden lauter Sozialisten eingewiesen, oder es wurden auch andere Leute eingewiesen und dann gezwungen, gegen ihr Gewissen und gegen ihre Gesinnung etwas auszuhängen, mit dem sie innerlich gar nichts zu tun haben und gar nichts zu tun haben wollen.

Es wäre auch sehr interessant, die Bevölkerung darüber zu fragen, ob sie gewillt sei, weiterhin zu dulden, daß bei der Aufnahme in den Dienst der Gemeindeverwaltung und bei Beförderungen nur ein bestimmtes Parteimitgliedsbuch entscheide oder ob sie nicht der Ansicht sei, daß auch hier nach demokratischen Regeln und nach den Regeln der Sachlichkeit vorgegangen werden solle. (Stadtrat Resch: So wie 1934!) Sie zehren wie aus einer Konservenbüchse immer nur von diesem Erlebnis!) (StR, Koci: Das werden wir uns merken!)

Aus allen diesen Gründen, erklärt Vbgm. Weinberger abschließend, halte es die Volkspartei für richtig, die Wahlen zum Nationalrat und zum Gemeinderat zum möglichst ehesten und gleichen Termin abzuhalten. Es gäbe aber eine ernste Bindung, die es nicht möglich mache, heute schon einen diesbezüglichen Antrag einzubringen und die Auflösung des Gemeinderates zu beschließen. Die Volkspartei stehe zu dieser Bindung. Es sei aber zu hoffen, daß interne Gespräche zwischen Sozialistischer Partei und Volkspartei dazu führen werden, den Gemeinderat von Wien früher aufzulösen und das Volk von Wien zur Entscheidung aufzurufen, ob es diese oder eine andere Verwaltung für Wien wünsche. (Beifall bei der Volkspartei.)

Vizebürgermeister Honay (SPÖ) erklärt zu dem Antrag auf vorzeitige Auflösung des Gemeinderates sachlich Stellung nehmen zu wollen. Die Ursachen der Regierungskrise, die den Mitgliedern des Gemeinderates bekannt seien, liegen in den Meinungsverschiedenheiten, die bei der Erstellung des Bundesvoranschlages 1953 aufgetaucht sind. Die beiden Regierungsparteien konnten sich über die Einzelheiten dieses Voranschlages nicht einigen. Dem demokratischen Wesen unseres Landes entsprechend, wollen sie nun durch Neuwahlen das Volk entscheiden lassen. Für die Gemeindeverwaltung ist die Erstellung eines Budgetprovisoriums jedoch nicht notwendig, da in mühevoller und kollegialer Zusammenarbeit der Parteien die Vorarbeiten für das Budget 1953 durchgeführt und beendet wurden. Der Voranschlag kann rechtzeitig vorgelegt werden und es ist daher nicht einzusehen, warum der Gemeinderat seine Tätigkeit beenden sollte. Außerdem schreibt die Verfassung der Stadt Wien eine Funktionsdauer von fünf Jahren vor; beim Nationalrat beträgt sie dagegen nur vier Jahre. Es muß darauf hingewiesen werden, daß auch in den Bundesländern, die von der ÖVP verwaltet werden, so zum Beispiel in Tirol, die Landtagswahlen keineswegs mit den Nationalratswahlen gemeinsam durchgeführt werden. Auch auf Niederösterreich trifft dies zu und auch in anderen Bundesländern besteht wenig **Geneigtheit**, gemeinsam mit dem Nationalrat zu wählen. **Dasselbe** gilt auch für die meisten Städte unserer Republik. In Wien soll das Volk bei den Gemeinderatswahlen nicht über allgemeine politische Fragen entscheiden, sondern darüber, ob die Arbeit dieses Hauses fruchtbringend war oder nicht. Das Volk dieser Stadt kennt die Arbeit der Gemeindeverwaltung und wird sie auch anerkennen. Wenn Vizebürgermeister Wein-

berger gesagt hat, zwei oder drei Mandate der SPÖ hätte diese nur wahltechnischen Ereignissen zuzuschreiben, so könne dazu nur gesagt werden, daß das Proporzwahlrecht auch die Zustimmung der ÖVP gefunden hätte. Zu den Einwänden der WdU sei zu sagen, daß die Mehrkosten für getrennte Wahlen keineswegs ins Gewicht fallen. Die für die Nationalratswahl angelegten Listen würden auch für die Gemeinderatswahl weiterverwendet. Außerdem ist im Nationalrat ein Stimmlistengesetz in Vorbereitung. Diese Stimmlisten, in welche die Wähler eingetragen werden, werden dann ständig ergänzt. Auch bei den Stimmzetteln wäre kein Mehrerfordernis, da ja auch bei gleichzeitigen Wahlen für den Nationalrat und den Gemeinderat gesonderte Stimmzettel abgegeben werden müßten. Die Frage der Kosten ist also nicht entscheidend.

Die Mehrheit des Wiener Gemeinderates hat dem Volke von Wien im Jahre 1949 feierlich versprochen, das aufgestellte Arbeitsprogramm durchzuführen. Dieses Arbeitsprogramm, das sich über fünf Jahre erstreckt, soll erfüllt werden. Nur unvorhergesehene Ereignisse könnten die Verwirklichung dieses Programmes verhindern. Es gilt der Grundsatz, was Sozialisten versprechen, das halten sie auch! (Beifall bei der SPÖ.) Dem eingebrachten Antrag wurde die Dringlichkeit zuerkannt, da die Sozialisten eine Aussprache über die kommenden Wahlen nicht scheuen. In ihrer Arbeit, die vom ehrlichen Willen getragen ist, für das Volk dieser Stadt das Beste zu leisten, lassen sie sich auch durch alle demagogischen Anträge nicht abbringen. Sie seien fest entschlossen, das aufgestellte Programm durchzuführen. Die Sozialistische Partei hat daher bei den kommenden Wahlen nichts zu fürchten. Sie weiß, daß sie in den Jahren seit 1945 in der Stadt Wien mit Aufopferung aller Kräfte aus dem Nichts ein ordentliches Gemeinwesen geschaffen hat. In dieser Arbeit lasse sie sich nicht stören. Das Volk dieser Stadt soll bei der Wahl prüfen, ob die Vergangenheit der wahlwerbenden Parteien standhält. Die Sozialistische Partei wird in Ruhe allen diesen Entscheidungen entgegengehen. Es ist zu hoffen, daß die Wähler die Leistungen der Sozialisten zu würdigen wissen. Redner erklärt

seine Fraktion sei fest entschlossen, ihr Programm, das für fünf Jahre aufgestellt wurde, restlos zu erfüllen! (Starker anhaltender Beifall bei der SPÖ.)

GR. Dr. Altmann (LBl.) erklärt, GR. Wicha wolle mit der Einbringung seines Antrages lediglich der ÖVP zuvorkommen. Die ÖVP und die SPÖ machten alles gemeinsam und sind daher auch gemeinsam für alles verantwortlich. Alles ist von ihnen verabredet, und es handelt sich nur um Manöver politischer Demagogie ärgster Art, um die Wähler zu betrügen. Auch die Neuwahlen 1954 sind für Wien zwischen diesen beiden Parteien bereits vereinbart. Entscheidend ist im Gemeinderat offenbar nicht die Verfassung der Stadt Wien, sondern der "Wiener Pakt", die Koalitionsvereinbarung. Der Wahldemagogie, die hier betrieben wird, zuzustimmen, könne man dem Linksblock nicht zumuten. Die Koalitionsparteien hätten nicht gehalten, was sie versprochen haben. Treten Sie, schließt der Redner, vor die Bevölkerung und lassen sie diese das Urteil über Ihre Regierungspolitik sprechen. Sie werden uns jederzeit bereit finden, uns dem Urteil der Wähler zu unterziehen, wir sind aber nicht dazu bereit, nur Manöver zu machen, um die Wähler zu betrügen.

GR. Doppler (WdU) entgegnet zunächst auf die Ausführungen des Vizebürgermeister Weinberger, die Hände der ÖVP seien durch den Koalitionspartner gebunden und der WdU habe darunter sehr gelitten.

Zu den Ausführungen des GR. Dr. Altmann erklärt er, daß der Linksblock, wenn die Präsidenten-Wahl des Jahres 1951 zur Grundlage genommen werde, gar nicht mehr im Wiener Gemeinderat vertreten wäre, da er nicht einmal das Grundmandat erreicht hätte. Auf einen Zwischenruf des GR. Altmann über das Ergebnis der Betriebsratswahlen bei den Bundesbahnen ruft er aus: Es wird auch für unsere Leute die Zeit kommen, ihre Meinung frei äußern und kandidieren zu können, ohne Gefahr zu laufen, daß sie ihre Posten riskieren.

Zu den Sozialisten gewendet, führt er fort: Hier wird fortwährend von der Mehrheit und der Verantwortung gesprochen, die diese Mehrheit zu tragen hat. Diese Mehrheit besteht aber darin, daß die Sozialisten von 100 Sitzen nur 52 erobern konnten. Wenn Sie selbst wissen, was für eine schwache Mehrheit Sie haben - wie können Sie dann hier eine solche Machtpolitik entfalten, als wenn Sie 90 Prozent der Wähler hinter sich hätten?

Wie die SPÖ ihre Mehrheit in der Verwaltung ausnütze, hätten die Personalvertretungswahlen bewiesen, bei denen der VdU nicht die Möglichkeit gehabt habe, rechtzeitig oder überhaupt zu kandidieren, weil es bei der Gemeinde Wien wie bei Waldbrunner so sei, daß Leute, die eine freie Meinung äußern, verfolgt oder auf die Straße gesetzt würden. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialisten.)

In folgendem kritisiert der Redner einzelne von Sozialisten geführte Verwaltungsgruppen. Die Sozialisten erwidern mit stürmischen Zwischenrufen, sodaß die Ausführungen des Redners zum Teil in der allgemeinen Unruhe untergehen.

Er erklärt zur Verwaltungsgruppe I, Personal- und Verwaltungsangelegenheiten, daß auch hier nur Machtpolitik betrieben werde. Nennen Sie, fordert er die Sozialisten auf, Leute, die nicht Ihr Parteibuch in der Hand haben und in den Diensten der Gemeindeverwaltung gestellt wurden! Wir wissen, wieviel Prozesse Sie geführt haben und wieviel Geld Sie es sich kosten haben lassen, nur um Leute um ihr gutes Recht zu bringen. Trotzdem ist Ihnen dies nicht gelungen.

In anderen Verwaltungsgruppen sei dasselbe. So sei in der Gruppe IV 127 Fürsorgeräten des VdU die Möglichkeit einer Betätigung versagt worden. (Vizebürgermeister Honay: Ihre Fürsorgeräte haben diese Mandate aus Furcht abgelehnt!)

Zu der Verwaltungsgruppe VI begrüßt der Redner die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien. Wir sind grundsätzlich für den Wohnhausbau und freuen uns ehrlich darüber. Je mehr Wohnungen gebaut werden, desto lieber ist es uns. Aber schon längst verleidet Sie es uns, daß wir an Wohnhauseröffnungen teilnehmen, denn das sind reine Parteifeiern. Er fragt den Amtsführenden Stadtrat, ob die roten Fähnchen auch schon in den Baukosten inbegriffen seien. Man solle die Fahnen der Gemeinde Wien und nicht Parteifahnen flaggen.

Bei der Zuweisung der Wohnungen werde mehr nach der Parteimitgliedschaft als nach der Bedürftigkeit vorgegangen. Parteisekretäre und -Funktionäre würden in neue Wohnungen eingewiesen, weil ihnen ihre bisherigen Wohnungen nicht mehr modern genug seien. So dumm sei in Wien niemand mehr, daß er nicht

wüßte, mit welcher Parteilichkeit die Einweisungen in die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien erfolgen, in jene Bauten, die nur durch die Beiträge sämtlicher Steuerzahler erbaut werden können. (Amtsführender Stadtrat Koci: Sie Demagoge, Sie!)

Im besonderen wendet sich der Redner wegen der Erledigung der Staatsbürgerschaftsakte gegen die Magistratsabteilung 61 und deren Leiter. Die Sozialistische Partei habe auch nicht den Mut gehabt, einem Antrag des VdU Rechnung zu tragen, den Verfassungsgerichtshof entscheiden zu lassen, ob ein Mandat weiter ausgeübt werden könne oder nicht. In ihrer Machtfülle habe sie sich über Verfassung und Geschäftsordnung hinweggesetzt. Die Verwaltung werde nicht in objektivem Sinne sondern nach rein parteipolitischen Prinzipien geführt. Es sei undemokratisch, wenn diese Machtfülle zu Unrecht gegen eine kleinere Partei eingesetzt werde.

Nach den Ausführungen des Redners, die von andauernder, zeitweise stürmischer Unruhe und lebhaften Zwischenrufen begleitet war, wird der Antrag dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Dr. Matejka (LBl.) begründet hierauf die Dringlichkeit seines Antrages, betreffend Grabstätten für Freiheitskämpfer. Er erklärt, daß Tausende heldenhafte Kämpfer für ein freies demokratisches und unabhängiges Österreich den Mördern des Nazifaschismus zum Opfer gefallen seien und Hunderte von ihnen bei Nacht und Nebel verscharrt wurden, weil kein Zeichen an den Mord erinnern sollte und die Erinnerung an diese Opfer ausgelöscht sein sollte. Durch verschiedene Aufzeichnungen sei es möglich gewesen, eine Reihe von Gräbern aufzufinden. Der Bund sei aber seiner Verpflichtung, diese Gräber zu erhalten, nicht nachgekommen. Einzelne Grabstätten seien wohl von den Hinterbliebenen hergerichtet worden, die meisten aber verfallen. Gerade in diesen Tagen sollte man jener Toten gedenken, die für die Freiheit dieses Landes und dieser Stadt gestorben seien und ohne deren Opfer die jetzige Gemeindeverwaltung niemals in dieses Haus hätte einziehen können. Es sollten endlich würdige Grabstätten für diese Opfer geschaffen werden.

Der Antrag, dem die Dringlichkeit nicht zuerkannt wird, wird dem Gemeinderatsausschuß VII zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Über die Dringlichkeit des Antrages der GR. Lauscher und Genossen (IBL.), betreffend die Erhöhung der Fürsorgeunterstützung und Gewährung einer 13. Monatsrente für Dauerbefürsorgte spricht GR. Lauscher. Er verweist darauf, daß im Winter Mehrauslagen erwachsen und die Höhe der Fürsorgeunterstützung so bemessen sei, daß das Leben mit ihnen nur auf der untersten Grenze des Existenzminimums möglich sei. Es sei einfach unmöglich, ein menschenwürdiges Leben damit zu führen. Der Redner beantragt daher, eine Erhöhung der Fürsorgeunterstützung auf mindestens 400 S im Monat für Alleinstehende und eine entsprechende Erhöhung für Ehepaare und zweitens eine zusätzliche 13. Monatsrente, die spätestens am 1. Dezember jedes Jahres auszuzahlen wäre.

Dieser Antrag wird zur weiteren Behandlung dem Gemeinderatsausschuß IV zugewiesen.

GR. Marie Jacobi (SPÖ) verliest sodann in ihrer Eigenschaft als Schriftführerin eine Anfrage der Gemeinderäte Löttsch, Dr. Stemmer, Nödl und Genossen (SPÖ), die folgendes beinhaltet:

"Nach Zeitungsmeldungen und aus einer in der Sitzung des Nationalrates am 30. Oktober gestellten Anfrage ist bekanntgeworden, daß Mitglieder dieses Hauses an Zusammenkünften monarchistischer Kreise und Kundgebungen für Otto Habsburg teilgenommen haben. Es sind pro-monarchistische Äußerungen der Frau Gemeinderätin Nora Hiltl in der Presse wiedergegeben worden und aus der erwähnten parlamentarischen Anfrage geht hervor, daß vor wenigen Tagen der Amtsführende Stadtrat Franz Bauer an einer Zusammenkunft mit Otto Habsburg in Passau teilgenommen hat. Das Verhalten der genannten Funktionäre ist zweifellos ein Bruch ihres Gelöbnisses, das sie auf die Verfassung der Republik Österreich und der Stadt Wien abgelegt haben. Die Gefertigten richten an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage:

Ist dem Herrn Bürgermeister das Verhalten der genannten städtischen Funktionäre bekannt?

In welcher Weise gedenkt der Herr Bürgermeister gegen dieses, den beschworenen Eid auf die Verfassung verletzende Verhalten vorzugehen?"

Bürgermeister Jonas erklärt, die Anfrage auf schriftlichem Wege beantworten zu wollen.

Unter den Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich mehrere Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, Sachkrediterhöhungen, der Ankauf von Liegenschaften, diverse Baubewilligungen, die Errichtung eines großen zerlegbaren Glashausblockes im städtischen Reservegarten 2., Ennsgasse, mit einem Kostenaufwand von 300.000 Schilling, der Ankauf von 400 mg Radiumelement für die Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus Lainz, die Kosten der Baulose "Unter-Laa" und "Breitenfurt" der Liesingbachregulierung, die im 2. periodischen Bericht aus 1952 enthaltenen Überschreitungen für 1951, die Festsetzung des Tarifes der Autobuslinie 6 und die Erhöhung der Beteiligung der Gemeinde Wien - Städtische Be-stattung an der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft m.b.H.

Schluß der Sitzung um 16.45 Uhr.

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im November
=====

31. Oktober (RK) Im November sind nachstehende Abgaben fällig:

10. November: Getränkesteuer für Oktober,
Gefrorenessteuer für Oktober,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die
zweite Hälfte Oktober,
Ankündigungsabgaben für Oktober.

14. November: Anzeigenabgabe für Oktober.

15. November: Lohnsummensteuer für Oktober,
Grundsteuer für das Vierteljahr Oktober bis
Dezember bei einer Jahresvorschreibung über
40 S,
Kanalräumungs- und Hauskehrichtabfuhrgebühr
für das Vierteljahr Oktober bis Dezember.

25. November: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die
erste Hälfte November.